



Integrationsausschuss

77. Sitzung (öffentlich)

9. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 15:44 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler-Deppe (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Sachstandsbericht des unabhängigen Beauftragten für Beschwerden von Asylbegehrenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Karl Peter Brendel	6
	– Bericht des unabhängigen Beauftragten Karl Peter Brendel	
	– Wortbeiträge	
2	Lage in der Ukraine und sich daraus ergebende Flüchtlingssituation (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)	11
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 3 Guter Lebensabend NRW** **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6483
- Wortbeiträge
- 4 Wie ist die aktuelle Antragslage in den Ausländerbehörden? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])** **31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6520
- Wortbeiträge
- 5 Aktuelle Situation in den Landesunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])** **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6539
- keine Wortbeiträge
- Der Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt; Berivan Aymaz (GRÜNE) kündigt an, schriftlich Nachfragen einzureichen.
- 6 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6522
- Wortbeiträge
- 7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beiräte für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen (BeiräteVO)** **35**
- Drucksache 17/16711 (Unterrichtung)
Vorlage 17/6548
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

8	Quartalsbericht „Sachstand staatliches Asylsystem“	36
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6541	
	<u>in Verbindung mit:</u>	
	Quartalsbericht „Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren“	
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6540	
	– keine Wortbeiträge	
	Der Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt; Berivan Aymaz (GRÜNE) kündigt an, schriftlich Nachfragen einzureichen.	
9	Verschiedenes	37
	a) Umgang des MKFFI mit einer Veranstaltung der SPD-Fraktion mit dem Landesintegrationsrat	37
	b) Dank an die Ausschussvorsitzende	38

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe weist darauf hin, dass die Sitzung gemäß Beschluss des Ältestenrats im Livestream übertragen werde. Des Weiteren gelte bei Abstimmungen Fraktionsstärke.

1 Sachstandsbericht des unabhängigen Beauftragten für Beschwerden von Asylbegehrenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Karl Peter Brendel

Karl Peter Brendel (Unabhängiger Beauftragter für Beschwerden von Asylsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen) berichtet wie folgt:

Meine Damen und Herren! Als die Tagesordnung aufgestellt wurde, hatte mein Bericht sicherlich noch eine andere Ausrichtung als nach den jetzigen Ereignissen. Ich werde trotzdem einiges zur Situation in den Aufnahmeeinrichtungen sagen, obwohl sich vieles davon durch die Entscheidung, bisherige ZUEs freizuziehen und dort Pufferaufnahmestellen einzurichten, ziemlich sicher erledigt hat.

Ich beginne mit den erfreulichen Informationen. Bereits als ich zum letzten Mal in Ihrem Ausschuss war, hatte ich mitgeteilt, dass für die Stelle des unabhängigen Beauftragten eine hauptamtliche Kraft in der Geschäftsstelle zur Verfügung stehen wird. Ich kann Ihnen heute Frau Akin vorstellen, die nun im Stadttor 1 die Geschäftsstelle des Beschwerdebeauftragten leitet. Frau Akin war vorher bei der Bezirksregierung in Düsseldorf und auch Einrichtungsleiterin der ZUE Weeze. Sie ist also im Stoff, sodass ich mir jetzt bestimmte Vorgänge nicht mehr erarbeiten muss, sondern auf jemanden zurückgreifen kann, der Erlasse und solche Dinge auswendig kennt und selbst erlebt hat.

Meine Tätigkeit hat bekanntlich erst am 1. Juli begonnen. Trotzdem möchte ich Ihnen die Beschwerde- und Erledigungszahlen für das Jahr 2021 im Ganzen darstellen. Das ist auch der Zeitraum, für den die Erfassung erfolgt ist.

Im Jahr 2021 wurden 1.144 Beschwerden von den örtlichen Beschwerdestellen bearbeitet. So entspricht es auch der Konzeption: Der größte Teil der Arbeit kann vor Ort erledigt werden, und das ist auch der Fall. In allen Einrichtungen ist eine halbe Planstelle für Beschwerdestellen vorgesehen, es sind allerdings leider nicht alle Stellen besetzt. Dies liegt sicherlich auch daran, dass Einrichtungen zum Teil sehr weit außerhalb liegen. Für eine halbe Stelle wird das dann problematisch.

Inwieweit diese Zahlen noch eine Bedeutung für die neue Situation haben werden, ist eine andere Frage.

Im vergangenen Jahr ist bei der überörtlichen Beschwerdestelle, also beim Ministerium und bei mir, ein Eingang von 50 Beschwerden zu verzeichnen gewesen. Diese haben sich thematisch auf einige Bereiche konzentriert. Einer dieser Bereiche ist die medizinische Versorgung der Bewohner. Wie auch in der Gesellschaft allgemein ist die Verfügbarkeit von Fachärzten ein Problem. In diesem Bereich geht es schwerpunktmäßig und ganz besonders um die Verfügbarkeit von Ärzten und Behandelnden für Traumata und andere Störungen.

Abhilfe ist hier aus den gegebenen Umständen nur sehr schwer möglich; denn der Organisationsaufwand der örtlichen Sanitätsstationen für diese Behandlungen ist erheblich. Es sind Dolmetscher erforderlich, die auch in der Lage sind, zuverlässig

Medizinisches zu übersetzen. Ob diese verfügbar sind und ob sich die Termine koordinieren lassen, ist ein Problem.

Ein weiterer Aspekt, der häufiger dazu führt, dass Beschwerden an mich abgegeben werden, sind Termine zur Anhörung beim BAMF, die sehr lange auf sich warten lassen und bei denen eine Nachfrage beim BAMF auch nicht wirklich zur Beschleunigung führt. Irgendwann finden die Anhörungen natürlich statt, aber der Zeitraum ist teilweise schon sehr lang.

Weiterer Arbeits- und Eingangsschwerpunkt bei den Beschwerden ist der Bereich des Transfers in die Gemeinden aus den Einrichtungen heraus. Insbesondere der vorzeitige Transfer aus familiären Gründen oder aus Gründen einer angenommenen oder tatsächlichen besseren Behandlungsmöglichkeit sowie aufgrund einer Betreuungsmöglichkeit durch den familiären Verbund spielt hier eine Rolle.

Inhaltlich sind das die Bereiche, in denen überwiegend etwas kommt. In vielen anderen Bereichen – Beschlagnahme von Handys an der Grenze durch die Bundespolizei und solche Dinge – gibt es Einzelfälle, die jeweils in Kooperation mit den Bezirksregierungen und mit den örtlichen Beschwerdestellen einer Lösung zugeführt werden müssen. Manchmal gelingt dies, manchmal gelingt es natürlich auch nicht. Bestimmte Situationen sind in diesem Verfahren nicht änderbar. Das betrifft zum Beispiel die Verfügbarkeit von Fachärzten.

Im Rahmen der Informationsaufnahme habe ich gemeinsam mit den mobilen Kontrollteams der Bezirksregierungen einige Einrichtungen besucht – auch, um ein Gefühl dafür zu bekommen, was durch diese Kontrollteams geprüft wird und was dabei herauskommt. Diese Informationsbesuche waren für mich zum Lernen sehr hilfreich. Die Bezirksregierungen arbeiten nach einer Checkliste und prüfen viele Dinge, die für die Bewohner und damit auch für meine Arbeit eher nicht von Bedeutung sind, aber natürlich auch Dinge, die wichtig sind. Dies betrifft insbesondere Hygiene und Sauberkeit in den Einrichtungen, zeitnahe Informationen an die Bewohner in den jeweiligen Landessprachen und auch die Frage einer ausreichenden Kennzeichnung und Ausstattung des Personals von Sicherheits- und Betreuungsdienstleistern.

Was bei den Beschwerden in der Vergangenheit auch immer eine Rolle gespielt hat, waren Einschränkungen des tagesstrukturierenden Angebots. Dabei ging es um Informationen und um Möglichkeiten, etwas zu tun – seien es Deutschkurse, Handarbeiten oder andere Dinge, zu denen man Angebote machen kann. Diese Angebote sind in der Vergangenheit häufig zurückgefahren worden, weil für die Umsetzung der Hygienevorgaben unter dem Gesichtspunkt „Corona“ nicht mehr ausreichend Räumlichkeiten vorhanden waren.

Diese Situation wird sich durch die Entscheidung, jetzt noch mehr Bewohner in den Einrichtungen aufzunehmen, im Zweifel verstärkt haben. Bei den Coronamaßnahmen ist die Isolation von Bewohnern auf geschlossenen Fluren oder auch in ganzen Gebäuden aufgehoben worden, weil dies ansonsten mit den Aufnahmekapazitäten nicht vereinbar wäre. Inwieweit sich dies auswirken wird, kann ich momentan noch nicht sagen.

Beschwerden zu diesem Punkt liegen bisher nicht vor. Es liegt eine Information aus einer Einrichtung durch den dortigen Beschwerdebeauftragten vor, der aus meiner Sicht zutreffend Probleme beschreibt. Die kurzfristige Verlegung aus einer Einrichtung in eine andere hat zum Teil medizinische Behandlungen oder auch Beratungsvorgänge unterbrochen, beispielsweise in der Asylverfahrensberatung. Zum Teil gibt es auch Bewohner, die sich in Arbeitsverhältnissen befunden haben oder befinden, welche durch die räumliche Umverteilung kurzfristig beendet worden sind.

Wie es sich weiterentwickelt, kann ich momentan noch nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass durch die örtlichen Beschwerdestellen noch einiges vor Ort geklärt werden kann. Andere Dinge werde ich sicherlich zusammenfassen und als vor Ort nicht lösbare Beschwerde einstufen müssen.

Ich befinde mich zurzeit noch in einem Zustand, in dem ich nicht abschließend sagen kann, wie es sich mit Einrichtungen verhält, in denen es eine Beschwerdestelle gibt, wo aber der bisherige Kreis der Asylantragsteller nicht mehr vorhanden ist. Ich weiß nicht, ob die Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine nahtlos an diese Beschwerdestellen übergeht, wie es das Ministerium gestern in einem Gespräch erklärt hat, sodass dieser Personenkreis vor Ort beraten werden kann. Ob es Beratungsbedarf geben wird, kann ich zurzeit auch noch nicht beurteilen.

Ich hoffe, dass angesichts der unstrittig bestehenden Unwägbarkeiten mein Kurzbericht das war, was Sie von mir erfahren wollten. Für Nachfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

(Beifall von allen Fraktionen)

Heike Wermer (CDU) möchte wissen, inwiefern die Coronapandemie in den Beschwerdestellen vor Ort zu Beeinträchtigungen und gegebenenfalls zu einer Verlängerung der Bearbeitung von Beschwerden geführt habe, beispielsweise durch eine Quarantäne örtlicher Beschwerdemanager.

Da Karl Peter Brendel als hauptamtlicher Beschwerdebeauftragter fungiere, gehöre es auch zu seinen Aufgaben, strukturelle Probleme zu erfassen, so **Berivan Aymaz (GRÜNE)**. Sie bitte um eine Einordnung, in welchen Bereichen sich derartige strukturelle Probleme zeigten. Auch interessiere sie, ob innerhalb einer angemessenen Zeit eine Rückmeldung an die Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer erfolge.

Die gesundheitliche Versorgung habe im Bericht einen Schwerpunkt dargestellt, sodass sie sich frage, inwiefern der Beschwerdebeauftragte in diesem Feld Informationen über Fälle erhalte, in denen Personen abgewiesen würden, und ob er über Möglichkeiten verfüge, zu intervenieren.

Rainer Bischoff (SPD) fragt mit Bezug auf die Verfahren beim BAMF, wie lange es aktuell dauere, dort einen Termin zu erhalten, und nach welcher Zeit gewöhnlich Beschwerden beim Beschwerdebeauftragten eingingen. Schon vor sieben oder acht Jahren habe es beim BAMF immer lange gedauert, und er hätte eigentlich vermutet, dass die Situation sich verbessert hätte.

Karl Peter Brendel (Unabhängiger Beauftragter für Beschwerden von Asylsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen) antwortet, ihn erreichten keine Beschwerden dazu, dass die Bearbeitung beim BAMF zu viel Zeit in Anspruch nehme, auch wenn er nicht in Abrede stelle, dass dies vorkommen könnte. In den Beschwerden gehe es vielmehr darum, wann die ersten Anhörungstermine stattfänden. Dies dauere teilweise einige Wochen.

Die Coronapandemie wirke sich auf die Arbeit der örtlichen Beschwerdestellen und auch weiterer örtlicher Dienstleister nicht signifikant aus. Sie seien weiterhin handlungsfähig. Bei den Bezirksregierungen wirkten sich Homeoffice-Regelungen sowie die Übernahme weiterer Aufgaben beispielsweise zur Regulierung von Hochwasserschäden allerdings auf die Personalausstattung der jeweiligen Referate und somit auch auf die Beantwortung von Anfragen aus.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Ärzten habe er natürlich keinen Einfluss. Einzig lasse sich dann ansetzen, wenn Fachärzte eine Behandlung als besonders dringlich ansähen, dies den Bezirksregierungen aber nicht hinreichend vermittelt werde. Hinzu komme, dass Mediziner ihre Diagnosen nicht immer den Ansprüchen der Bezirksregierung entsprechend formulierten. Hier führten Nachbesserungen sowie der Dialog mit den Bezirksregierungen im Einzelfall zum Erfolg.

Was die Abgeordnete Berivan Aymaz unter strukturellen Problemen verstehe, wisse er nicht genau, es gebe aber sicherlich Aspekte der Zusammenarbeit verschiedener Stellen, die in der Vergangenheit klarer hätten ausgestaltet sein können. In den Einrichtungen arbeiteten örtliche Beschwerdestellen und ihre Träger, hinzu kämen weitere zivilgesellschaftliche Träger, die Beratungsaufgaben wahrnahmen, Dienstleister, die auf Ertragsbasis arbeiteten, sowie die Bezirksregierungen. Nicht immer seien hier die Zuständigkeiten klar, zum Teil hänge die Arbeit auch von der jeweils gültigen Leistungsbeschreibung ab. Der Informationsaustausch der Handelnden vor Ort ließe sich in vielen Fällen noch deutlich verbessern.

Eine klare Antwort in Bezug auf die Reaktionszeit bei Beschwerden könne er nicht geben. Er gebe das Ergebnis seiner Anfragen und Ermittlungen an die örtlichen Beschwerdestellen weiter, welche dann die Beschwerdeführer kontaktierten, sofern diese sich überhaupt noch in der Einrichtung befänden. Manchmal ließen sie sich auch gar nicht ermitteln, da er, anders als seines Wissens in der Vergangenheit üblich, auch anonyme Beschwerden annehme. Formale Schranken ziehe er bei der Annahme nicht ein. Auch hänge die Reaktionszeit davon ab, wer noch beteiligt werden müsse. So führten beispielsweise tätliche Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitsdienst und Bewohnern zu polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren, deren Abschluss er abwarten müsse. Dies könne eine lange Zeit in Anspruch nehmen.

Berivan Aymaz (GRÜNE) dankt für die Beantwortung der Fragen und kündigt an, weitere Fragen im bilateralen Austausch zu adressieren. – **Karl Peter Brendel (Unabhängiger Beauftragter für Beschwerden von Asylsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen)** betont, er stehe allen Beteiligten telefonisch zur Verfügung.

Stefan Lenzen (FDP) möchte wissen, inwieweit Karl Peter Brendel den Zustand der Landeseinrichtungen betreffend einen Vergleich zu seiner Zeit als Staatssekretär im Innenministerium ziehen könne. Ihn interessiere, ob er eine positive Entwicklung erkenne und feststelle, dass sich beispielsweise beim schulnahen Angebot und bei der Infrastruktur etwas getan habe und dass man Lehren aus 2015 gezogen habe.

Karl Peter Brendel (Unabhängiger Beauftragter für Beschwerden von Asylsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen) erwidert, es falle ihm schwer, einen Vergleich zu ziehen, da seine aktive Dienstzeit erstens sehr lange zurückliege und zu dieser Zeit zweitens einige Einrichtungen aufgrund geringer Flüchtlingszahlen geschlossen worden seien.

Heute unterschieden sich die Einrichtungen teilweise sehr. Einige sähen sehr ordentlich aus und verfügten über eine gute Bausubstanz, andere – beispielsweise ehemalige britische Kasernen – wiesen einen geringeren Standard auf. Auch das schulnahe Angebot falle von Einrichtung zu Einrichtung unterschiedlich aus, weil teils Lehrer fehlten. Einen Vergleich zur Vergangenheit könne er hier gar nicht ziehen, weil es ein solches Angebot damals nicht gegeben habe.

Es stelle außerdem fest, dass die Kontrolldichte seitens der Bezirksregierungen unterschiedlich ausfalle. Bei einem Kontrollgang der Bezirksregierung Detmold, den er begleitet habe, sei sehr intensiv auf Sauberkeit kontrolliert worden. Die Kontrolle habe ihn an einen Stubendurchgang bei der Bundeswehr erinnert.

Verbesserungen müssten in vielen Einrichtungen weiterhin bei der Versorgung mit WLAN erfolgen. Die Bewohner hätten ein ausgeprägtes Kommunikationsbedürfnis, in vielen Liegenschaften verfügten sie aber nicht über ausreichende Möglichkeiten.

2 Lage in der Ukraine und sich daraus ergebende Flüchtlingssituation *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich habe vorhin im Plenum schon ausführlich zu dem Thema gesprochen, und ich denke, es wäre müßig, alles noch einmal zu wiederholen. Vielleicht kann ich aber noch die eine oder andere Anmerkung machen.

Es handelt sich jetzt um eine Situation, die unfassbare Herausforderungen mit sich bringt und die sicherlich an der einen oder anderen Stelle auch noch Chaos verursachen wird. Das lässt sich schlichtweg nicht verhindern.

Es sind noch neun Wochen bis zur Landtagswahl, und ich weiß natürlich auch, wie verführerisch es für jeden Einzelnen ist, den politischen Mitbewerber zu kritisieren. Ich habe aber die große, herzliche Bitte, dass wir bei diesem Thema so gut es geht versuchen, beieinanderzubleiben. Wir müssen in den historischen Zusammenhängen, in denen wir uns befinden, sehen, dass es von überragender Bedeutung ist, die Organisation jetzt gut hinzubekommen.

Wir haben die Forderung der Opposition zur Frage des Krisenstabs vernommen. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, den „Stab außergewöhnliches Ereignis – Flucht Ukraine“ einzurichten, der natürlich den Charakter eines solchen Stabes hat und alles koordinieren und planen wird, mit allen entsprechenden Beteiligten. Es ist aus meiner Sicht nicht hilfreich, einen Krisenstab mit Personen zu aktivieren, die im laufenden Geschäft mit dem Thema bisher nicht vertraut gewesen sind. Deswegen meine ich, dass ein solcher „Stab außergewöhnliches Ereignis – Flucht Ukraine“ das richtige Instrument ist, um die Dinge zu koordinieren. Da werden natürlich alle entsprechend eingebunden.

Ich habe auch die herzliche Bitte, das Sie uns bei Dingen, bei denen Sie den Eindruck haben, dass etwas nicht funktioniert, dies direkt zurufen. Wir werden nicht alles sehen können; das habe ich vorhin im Plenum in meiner Rede ein bisschen skizziert.

Ich glaube, es war am vergangenen Mittwoch oder Donnerstag, dass wir Berlin die Abnahme von Geflüchteten angeboten haben. Es hieß dann, es kämen jetzt zwei, drei Busse, und dann kamen und kamen sie nicht. Dann gab es wieder in der Nacht eine Vorbereitung, und dann hat es wieder nicht geklappt. Genauso war es bei der Evakuierung der Kinder aus dem Kinderheim in der Nähe von Charkiw, die wir jetzt in der Jugendherberge in Wuppertal untergebracht haben. Das hat auch gedauert. Die hingen zwischendurch in Ungarn fest.

Es gibt auch Private, die gut gemeint glauben, dass es für die Beschleunigung des Transports aus Polen oder Berlin nach Nordrhein-Westfalen hilfreich ist, wenn sie mit einem gecharterten Bus hinfahren, Leute einsammeln und sie hierher bringen – ohne dass vorher eine Absprache stattgefunden hätte, wo sie denn untergebracht werden. Das chaotisiert den Aufnahmeprozess eher. Es ist für uns nicht ganz einfach, das zusammenzubinden.

Gleichwohl gibt es diejenigen, die dort Bekannte und Freunde haben. Teilweise holen sie Menschen noch an der Grenze aus der Ukraine heraus und bringen sie bei sich unter. Das ist natürlich eine sensationelle Leistung. Ich bin jedem Einzelnen dankbar,

der das tut, und wir müssen weiterhin kommunizieren, dass diese Aufnahmebereitschaft sensationell ist.

Das ist vor allem auch etwas, was letztendlich Putins Strategie zuwiderläuft, uns erstens zu spalten und zweitens zu versuchen, in der Europäischen Union Überforderungssituationen herzustellen. Ich glaube, dass es uns gelingen wird, genau das zu vermeiden. Es gibt eine unfassbare Bereitschaft in der gesamten Europäischen Union, Menschen aufzunehmen. Es gibt sie aber auch weltweit. Ganz starke ukrainische Communitys befinden sich beispielsweise in Kanada, Australien und den USA. Sie alle wollen Personen aufnehmen. Auch in Südamerika gibt es solche Communitys.

Portugal Spanien und viele mehr sagen von vornherein, dass sie das Ganze auch als Transitsituation verstehen. Viele wollen tatsächlich auch zu Verwandten. Das ist Vor- und Nachteil zugleich. Es ist ein bisschen ein Nachteil in der Frage der Registrierung, weil es keine Pflicht gibt. Wir machen trotzdem in der LEA in Bochum eine Registrierung bei denjenigen, die dorthin kommen müssen, weil sie keine private Anlaufstelle haben und nicht kommunal aufgenommen werden konnten. Ansonsten führen wir die Registrierung in den Kommunen und auch in den Landeseinrichtungen durch. Aber es gibt keine Verpflichtung, weil die Personen sich aufgrund der geltenden Visumsregelung innerhalb der EU frei bewegen können.

Wir warten jetzt ab. Ich habe ja skizziert, was wir bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie erwarten, wir warten aber auch noch auf den entsprechenden Erlass des Bundesinnenministeriums, der all die rechtlichen Fragen noch klärt und erläutert. Vieles ist da noch offen.

Uns ist wichtig, dass wir es weiterhin im ganz engen Austausch mit den Kommunen gestalten. Ich war gestern in Wuppertal bei den Kindern aus dem Kinderheim, das wir evakuiert haben. Ich habe dort auch mit Vertretern der Stadt gesprochen, die uns schildern, wie stark die Belastung in den Städten hinsichtlich der Belegungssituation bereits ist. Dementsprechend fahren wir alle möglichen Kapazitäten landesweit hoch. Das tun wir – ich habe es ja schon gesagt – in der Hoffnung, dass wir sie am Ende nicht brauchen. Aber wir haben eben keine Ahnung, ob Putin in seinem Wahn irgendwann noch anfängt, auch den Westteil der Ukraine zu bombardieren, sodass es dann noch ganz andere Entwicklungen bei Flucht und Vertreibung gibt.

Dementsprechend müssen wir uns einfach so rüsten, dass wir über Kapazitäten verfügen, auch wenn es sich noch einmal dramatisch steigert. Wir treffen dafür die Vorkehrungen, und das tun wir koordiniert. Die entsprechend betroffenen Ministerien sind dabei, und es ist auch völlig richtig, dass angesprochen worden ist, dass es auch darum geht, Dinge für Schule und Kita zu entwickeln. Zum Beispiel ist an unsere Brückenprojekte zu denken. Das ist im Zusammenhang mit der Krise damals immer ein tolles niedrigschwelliges Angebot gewesen. Für junge Mütter ist es eigentlich das ideale Format, weil dort viele, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, zusammenkommen. Sie können sich dann austauschen und auch über ihre Ängste und Sorgen sprechen. Uns ist ganz wichtig, dass wir das jetzt gut und so zügig wie möglich gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg bringen.

Die Finanzierung ist immer ein ganz wichtiger Punkt. Es gibt jetzt Gespräche dazu, was noch bundeseitig passiert und was wir mit den Kommunen verabreden. Da sind wir im engen Austausch. Es wird auch noch ein bisschen davon abhängen, was uns vom BMI signalisiert wird.

Es wird jetzt noch eine gewisse Improvisationsphase geben, aber wir wollen – das ist unser Anspruch – so schnell wie möglich alles in geordnete Strukturen bringen. Wir haben eine fortlaufende FAQ-Liste auf unserer Homepage veröffentlicht. Dort haben wir die Hinweise des BAMF verlinkt, die auch schon relativ ausführlich in ukrainischer Sprache vorliegen. Auch das ist ein wichtiger Aspekt.

Bei der Verteilung haben wir Gott sei Dank das gemeinsam aufgebaute System der Kommunalen Integrationszentren, die sich weiterentwickelt haben und die einen Einblick haben, wo vor Ort ukrainische Communitys sind. Das wollen wir bei der Verteilung nach Möglichkeit berücksichtigen. Wir wollen auch keine Fluchtgemeinschaften auseinanderreißen.

Zu den unbegleiteten Minderjährigen habe ich mich auch schon geäußert. Wir wollen natürlich so gut es geht vor sexualisierter Gewalt oder sonstiger Übergriffigkeit schützen. Das ist bei hohen Zahlen immer besonders anspruchsvoll und knüpft auch an das an, was Herr Brendel dankenswerterweise vorgetragen hat.

Es sind unglaubliche Herausforderungen, vor denen wir stehen. Ich mein aber, dass wir es sehr geordnet angegangen sind. Jetzt muss man teilweise sehen, was die Kommunen machen und was wir in Sachen Platzgestaltung tun, sodass wir wirklich viele Plätze vorhalten, damit wir für jede Eventualität gerüstet sind.

So weit vielleicht erst einmal von mir. Es gibt noch Fragen zum Impfen, zum Krankenversicherungsschutz usw., die in den nächsten Tagen bearbeitet werden müssen. Das alles sind Dinge, die wir jetzt im Stab und operativ kleinarbeiten müssen. Das geht gar nicht anders. Wir stehen natürlich auch im Austausch mit anderen Ländern. – So ist die Situation.

Ibrahim Yetim (SPD): Vielen Dank, Herr Minister Stamp, für den Bericht. Es ist wirklich eine menschliche Tragödie, die dort stattfindet. Wir alle sind jetzt bei all dem, was auf uns als Gesellschaft zukommt – ob es persönliche Einschränkungen sein werden, ob man bemerkt, dass man weniger Geld im Portemonnaie hat, ob es den Wohnraum betrifft – in der Verantwortung. Das werden wir alle merken, und dann wird es darauf ankommen, dass die Gesellschaft in Gänze zusammenhält und sich nicht auseinandertreiben lässt, wie wir es schon einmal erlebt haben.

Herr Stamp, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass wir nach fünf Jahren endlich mal auch von Ihnen eine Beschreibung dessen hören, was wir 2015, 2016 und auch noch 2017 an Flüchtlingsbewegungen hier in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen hatten. Die Probleme, vor denen wir jetzt stehen, sind genau die, vor denen wir auch in diesen drei Jahren standen. Wenn ich an die damalige Diskussion zurückdenke: Da wurde immer so getan, als hätte Rot-Grün die Situation damals völlig falsch eingeschätzt oder nicht im Griff gehabt.

Sie sprachen gerade davon, dass es in der jetzigen Situation auch zu Chaos kommen kann. – Ja, das ist so, und das war 2015 und 2016 genauso. Ich hätte mir damals gewünscht, dass in dieser Situation, die Nordrhein-Westfalens sehr hart getroffen hat – wir haben über 300.000 Menschen aufgenommen, was für die Kommunen, aber auch für das Land eine unglaubliche Belastung war –, auch aus der Opposition heraus etwas mehr Unterstützung für die Landesregierung gekommen wäre.

Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir als SPD nicht in irgendeiner Weise versuchen werden, diese Geschichte jetzt, diese Tragödie, die wir hier erleben, politisch zu nutzen. Denn wir wissen, welche Probleme wir haben, wenn tausende Menschen auf einmal bei uns sind und wir sie unterbringen und dafür sorgen müssen, dass wir ihnen Integrationsmöglichkeiten, Schulplätze, Kitaplätze und all das bieten. Vor allem standen wir damals. Wir wissen, wie das ist und was man dann machen muss. Dafür haben wir 2016 auch den Integrationsplan NRW aufgelegt. Wir sind uns bewusst, was auf uns zukommt, und deswegen werden wir das – das sage ich Ihnen als SPD-Sprecher – nicht politisch nutzen. Aber da, wo vermeidbare Fehler auftreten, werden wir sie natürlich ansprechen. Ich denke, das zu tun ist auch richtig.

Ich habe drei Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf die Kapazität. In den Landes-einrichtungen sind nach meinen Informationen aktuell noch knapp 6.500 Plätze frei. Das ist etwas, was mich bedrückt, weil ich weiß, wie es in den Kommunen aussieht, was den Wohnraum betrifft. Nicht alle haben Familien, Angehörige oder Freunde, bei denen sie untergebracht werden können. Ich wüsste gerne, wie wir damit umgehen.

In Düsseldorf sind gestern 1.000 Menschen angekommen, die jetzt in einer Messehalle untergebracht sind. Was machen wir? Was macht das Land, damit die Menschen in Unterkünfte kommen und ein vernünftiges Dach über dem Kopf haben? Was passiert mit denjenigen, die Sie jetzt aus den Unterkünften herausziehen, damit ukrainische Familien oder Mütter mit ihren Kindern hineinkommen können? Die werden ja dann aus ihrem Umfeld, in das sie sich vielleicht schon teilweise integriert haben, in dem sie schon Ansprechpartner haben, in dem sie schon Vertrauensleute haben, herausgezogen und in andere Städte gebracht. Wie gehen wir damit um?

Ich kann mir schwer vorstellen, dass jemand, der aus einer Unterkunft heraus eine psychosoziale Betreuung in einer Stadt wahrgenommen hat, nun plötzlich woanders hinkommt und eine ganz andere psychosoziale Betreuung erhält. Ich glaube, das wird schwierig. Wie gehen wir damit um?

Eine weitere Frage bezieht sich auf das Thema der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Wie werden diese jetzt eigentlich auf die Jugendämter verteilt? Welches Verfahren wenden wir an? Wie werden die verteilt?

Zuletzt möchte ich noch etwas ansprechen, was mich ein bisschen bedrückt. Ich weiß allerdings nicht genau, ob Sie mir darauf überhaupt antworten können, Herr Minister Stamp. Ich habe Informationen, dass neben denjenigen, die an die Grenze fahren, um Menschen abzuholen und sie hierhin zu bringen, was ich erst einmal ganz toll finde – wovon ich nichts halte, ist, Plastiktüten mit Altkleidern dorthin zu bringen; ich glaube, das chaotisiert es nur –, auch Typen mit dicken Autos an die Grenzen fahren. Sie wissen, wen ich meine: diese ganzen Zuhälter, Menschenhändler und Schlepper, die

an die Grenzen fahren, Frauen und Kinder einsammeln und sagen: „Ich helfe euch; ich bringe euch irgendwohin, wo ihr eine Unterkunft habt.“ Ich kann nicht verifizieren, ob das so ist. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass es genau so ist und dass diese widerlichen Typen dort unterwegs sind. Wie gehen wir damit um? Haben wir überhaupt einen Einfluss darauf, um die Menschen diesbezüglich zu schützen?

Berivan Aymaz (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite. Sie haben in der Sondersitzung des Plenums schon einige Punkte angesprochen, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, ganz klar zu versichern, dass Sie uns als Grüne auf jeden Fall bei all Ihren Bemühungen, Menschen so schnell und menschenwürdig wie möglich unterzubringen, an Ihrer Seite haben. Wahltermin hin oder her: Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren hier auch immer wieder unter Beweis gestellt haben, dass es uns um die Sache geht und Kritik konstruktiv gemeint ist. Uns geht es nicht darum, eine populistische Kommunikation nach außen zu tragen. So sehe ich es auch in dieser Frage.

Ich glaube, dass es jetzt auch darum geht, sich viel gemeinsam auszutauschen und gegenseitig auf den Informationsstand zu bringen. Es ist eine Zeit, in der vieles schnell und zügig laufen muss. Wir stehen in der Tat vor großen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, frühzeitig die richtigen Prognosen zu treffen und das Geschehen in und um Ukraine herum frühzeitig richtig einzuordnen. Die Brutalität des Krieges Putins ist nicht erst seit Ukraine bekannt, sondern dass er brutal gegen Zivilistinnen und Zivilisten vorgeht, wissen wir auch aus Syrien. Er wird auch ein Interesse daran haben, eine neue Fluchtbewegung in Richtung Deutschland und anderer europäischer Länder auszulösen. Das war vorstellbar, und dafür wird er alles unternehmen.

Umso wichtiger ist es, jetzt eine Antwort zu geben, die sich an die Menschen richtet: Wir stehen an eurer Seite; wir nehmen euch auf. Zum anderen ist damit auch eine Antwort an Putin gerichtet, dass wir uns nicht spalten lassen. Ich finde es ganz wichtig, das noch einmal hervorzuheben.

Weil es eine herausfordernde Situation ist, müssen wir auch Prognosen vor Augen haben, dass täglich eventuell 2.000 Menschen nach NRW kommen. Auch das ist möglich. Vielleicht wird es nicht so sein, vielleicht aber doch. Wie lange es so sein wird, wissen wir nicht. Das hängt ja auch damit zusammen, wie lange der Krieg dort toben wird.

Diese Prognosen müssen auch unser Handeln leiten. Wenn es sich anders entwickelt und schneller zu einer Situation kommt, dass Menschen nicht mehr hierhin kommen müssen, dann ist es gut. Aber wir müssen eigentlich davon ausgehen, dass es so kommen wird und entsprechend alles an Strukturen herstellen. Da ist die Unterstützung der Kommunen ganz wichtig, die Großartiges leisten und selbst auch Krisenstäbe aktiviert haben.

Ich war gestern bei der Anlaufstelle in Köln – da waren Sie ja auch schon –, und ich muss sagen: Als ich da war, waren schon einige Dutzend Menschen aus der Ukraine dort. Dort waren einige Frauen mit ihren kleinen Kindern, teilweise Babys. Ich hörte von Menschen, die einen Abend vorher vor Ort waren und sagten, dass noch nicht so viele Menschen dort waren. Während ich mich noch ausgetauscht und informiert habe,

kamen tatsächlich noch mehrere Dutzend weitere Personen. Da standen dem Leiter der Berufsfeuerwehr dann tatsächlich die Tränen in den Augen, und er sagte: Ich glaube, jetzt sind die Kapazitäten voll; ich weiß nicht mehr, wohin mit denen.

Wenn die Kapazitäten in den Kommunen – zum Beispiel in Köln, aber auch in anderen Kommunen – voll sind und der Feuerwehrleiter nicht weiß, wie es weitergeht, wen er anrufen kann, wo Transportmittel sind, wo die Menschen hinkommen können und mit welchen Transportmitteln, was mit den Menschen passiert, die positiv getestet werden, dann braucht es eine klare Regelung. Köln ist ja noch eine gut ausgestattete Kommune mit 1.500 freien Plätzen.

Es braucht auch eine klare Regelung bezüglich der Registrierung. Damit steht und fällt alles. Sie haben zu Recht gesagt, die Personen könnten sich erst mal sogar weitere 90 Tage hier aufhalten. Das stimmt, aber ich glaube, die meisten werden sich natürlich registrieren lassen, sobald sie wissen, was mit der Registrierung verbunden ist, nämlich ein Antrag auf einen Aufenthaltstitel und somit Zugang zum Wohnungsmarkt, zum Arbeitsmarkt, zu Beschulung und zu Leistungen. Das heißt: Jetzt muss ganz schnell alles an Informationen kommuniziert werden, warum Registrierung so wichtig ist.

Wir brauchen auch Unterstützungsmaßnahmen für die Registrierung. Die Kommunen kriegen das nicht mehr hin, Herr Stamp. Die machen gerade alles, aber wir haben ja schon die Situation, dass die Ausländerbehörden coronabedingt in einem Antragsstau stecken. Sie wissen, dass ich diesbezüglich mehrmals nachgehakt habe. Teilweise gibt es Wartezeiten von über vier Wochen. Wie soll die Registrierung laufen, wenn pro Person ein Registrierungsaufwand von einer halben Stunde besteht? Das ist mit den Ausländerbehörden aktuell nicht zu machen. Da braucht es dringend Lösungen wie Aufstockung oder Amtshilfe.

Ich finde, die Zentralen Ausländerbehörden könnten jetzt schon angewiesen werden, es in die Hand zu nehmen. Es muss kommuniziert werden, dass es auch über die Zentralen Ausländerbehörden läuft. Eventuell muss auch noch mal Personal in die Kommunen, in die Ausländerbehörden geschoben werden. Ich frage mich, warum nicht zum Beispiel schon Zelte an den Bahnhofs-Points existieren, mit Personen, die eventuell auch für Registrierung zuständig sind. Das würde vieles erleichtern, und wir hätten auch einen Überblick darüber, wer alles kommt. Das fände ich wichtig.

Um all diese Fragen koordiniert anzugehen, braucht es auch einen Krisenstab, Herr Minister Stamp. Ich weiß, Sie haben eben gesagt, dass Sie einen Stab eingerichtet haben, aber ich weiß nicht, wie dieser Stab tatsächlich arbeiten soll. Vielleicht können Sie uns noch einmal erläutern, wie die Zugänge sind. Welche Zugriffsrechte hat dieser Stab zum Beispiel in Bezug auf das Know-how rund um Krisenbewältigung, Katastrophenbewältigung usw.? Da geht es ja um ganz einfache Sachen und praktische Fragen. Wie läuft die Koordinierung in die Bezirksregierung? Warum unternimmt eigentlich immer noch Arnsberg diese Aufgabe? Warum wird das nicht in den jeweiligen Regierungsbezirken selbstständig reguliert? Die haben sofort den Zugang in die Kommunen, vor allem wenn es darum geht, freie Kapazitäten zu schaffen.

Das alles sind Fragen – verbunden mit einigen Vorschlägen – die meiner Meinung nach aufgegriffen werden sollten.

Eine ganz konkrete Frage hatte mein Kollege Ibrahim Yetim schon gestellt. Dass es zu Verlegungen kommt, kann man sich vorstellen. Aber für die Ehrenamtler und all die engagierten Leute ist ganz wichtig, dass ganz klar und transparent ist, nach welchen Kriterien es zu Verlegungen kommt, damit nicht der Eindruck entsteht, dass jetzt die neuen Geflüchteten die alten verdrängen. Es darf kein Verdrängungsmechanismus entstehen. Es darf auch nicht ein Zweiklassensystem zwischen schutzsuchenden Menschen entstehen. Die Kriterien, wie die Verlegung stattfindet, müssen transparent sein. Das wäre ganz wichtig.

Die zentralen Fragen drehen sich also um Krisenstab und Registrierung, aber auch um die Finanzierung. Herr Minister Stamp, Sie haben gesagt, auf Bundesebene sei einiges noch nicht geklärt. Das stimmt. Es ist vielleicht eine gute Gelegenheit, dass wir da noch mal Druck machen, sodass von Bundesebene tatsächlich eine Unterstützung kommt. Ich finde, Sie sind jetzt gefragt, ganz klar zu kommunizieren, dass die Kommunen eine Unterstützung von der Bundesebene brauchen. Die Finanzierung soll jetzt über das Asylbewerberleistungsgesetz gehen, aber das alleine wird absolut nicht reichen. Ganz viele andere Kosten werden dadurch nicht abgedeckt. Das muss gewährleistet werden.

Sie müssten den Kommunen auch sagen – das wäre auch wichtig und eine konkrete Ansage –, wann und wie schnell die Rückabwicklung der Finanzierung für die Personen, die schon dort sind, vonstattengehen kann. Das wäre auch eine gute Motivation der Kommunen.

Heike Wermer (CDU): Zunächst einmal bin ich wie wir alle unfassbar dankbar, wie das Land NRW reagiert. Wir sehen Solidarität vonseiten der Landesregierung, aber vor allen Dingen natürlich auch von den Menschen in NRW. Das große Engagement ist wirklich großartig.

Gleichwohl ist es jetzt langsam an der Zeit ist, das Ganze staatlich etwas zu bündeln und zu koordinieren. Deswegen bin ich sehr froh, dass Minister Stamp den Stab im MKFFI schon angesprochen hat. Ich stimme den Kollegen zu: Jetzt geht es darum, dass alles koordiniert angepackt wird und dass man gemeinsam mit Hilfsorganisationen überlegt, wie man die Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen oder die von anderen Bundesländern aufgenommen werden, passend unterbringen und integrieren kann. Denn ich mache mir nichts vor: Die bleiben nicht für zwei Wochen bei uns, sondern durchaus eine längere Zeit, weil der Krieg wahrscheinlich leider auch nicht in kurzer Zeit beendet werden kann.

Ich wäre sehr dankbar über Hinweise des Ministers, wie der Stab funktionieren soll, wie er arbeiten soll, welche Aufgaben er aus Sicht des MKFFI zu bewältigen hat. Und vor allen Dingen: Wie geht der Prozess dann weiter? Wir haben – zum Glück, möchte ich betonen – die Landesunterkünfte. Das ist auch aufgrund des Asylstufenplans so. Vielleicht wurden sie zwischendurch mal in einen Schlafmodus versetzt, weil die Flüchtlingszahlen nicht so hoch waren, aber wir verfügen über ein gutes Portfolio, auf das wir zurückgreifen können.

Auch die Erfahrungen aus der Coronapandemie, in der zum Beispiel Jugendherbergen angemietet worden sind, helfen uns jetzt, da wir wissen, auf welche Immobilien man ausweichen kann. Gleichwohl ist mir natürlich klar, dass Corona nicht weg ist. Das macht die ganze Situation immer noch schwer handhabbar.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Und die Menschen müssen in die Kommunen!)

– Frau Aymaz, jetzt rede ich.

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe: Frau Wermer hat das Wort.

Heike Wermer (CDU): Das alles sind unterschiedliche Aspekte. Frau Aymaz, ich gebe Ihnen recht mit den Kommunen, und der Vorteil ist, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer schneller in die Kommunen können. Gleichwohl haben auch Sie beschrieben, dass die Kommunen bei der Unterbringung vor einer riesigen Aufgabe stehen. Da mache ich mir nichts vor, und deshalb ist es gut, dass wir die Landesunterkünfte haben, damit die Personen erst einmal ein Dach über dem Kopf haben. Das muss man sich bewusst machen. Die Leute brauchen einen vernünftigen Schlafplatz. Sie brauchen eine vernünftige Struktur vor Ort mit Kochgelegenheiten, Schlafgelegenheiten usw. Dies wird durch die Landesunterkünfte in einem Mindeststandard gesichert.

Eine andere Frage, die ich mir zu den Landesunterkünften stelle, ist: Mit welcher Aufenthaltsdauer der ukrainischen Flüchtlinge kann man perspektivisch rechnen? Sie unterscheiden sich ja von den anderen Flüchtlingen im Asylverfahren, die in den Landesunterkünften bleiben sollen und müssen, bis sie einer Kommune zugewiesen werden. Ich denke, es wird sich erst in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, wie die Ukrainerinnen und Ukrainer sich verhalten werden und wie lange sie von dem Angebot Gebrauch machen werden. Denn es ist natürlich immer attraktiver, direkt in eine Kommune zu kommen, zu den Verwandten zu ziehen oder Privatunterkünfte in Anspruch zu nehmen, die zum Teil auch von Menschen aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden. Das muss man perspektivisch mitdenken. Wie viele Plätze brauchen wir also in den Landesunterkünften, und wie kann man die Belegungszeit berechnen?

Die große Frage ist, was wir konkret in NRW leisten können. Eine Frage ist aber auch, wie NRW den Bund außenpolitisch bei Hilfeleistungen zum Beispiel in Polen bzw. in den Nachbarstaaten der Ukraine unterstützen kann. Dort halten sich auch sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer auf. Deutschland ist durch die Erfahrung von 2015 weiter als zum Beispiel Polen, wo sonst im EU-Vergleich immer sehr restriktiv Flüchtlinge aufgenommen wurden. Deswegen muss man schauen, ob der Stab im MKFFI mit den Hilfsorganisationen vielleicht auch besprechen kann, wie wir direkte Hilfe in den Anrainerstaaten der Ukraine leisten können.

Frau Aymaz, ich halte im Moment wenig davon, Registrierungen direkt an Bahnhöfen usw. anzubieten. Die Leute brauchen erst einmal einen ruhigen Schlafplatz und eine sichere Unterkunft. Sie müssen die Flucht und die Reise verarbeiten, bevor sie sich registrieren lassen. Wichtig ist aber – da gebe ich Ihnen durchaus recht –, dafür zu werben, dass die Registrierung wichtig ist und bestimmte Integrationsschritte bei uns

eröffnet. Wir haben dann auch belastbare Zahlen und können uns wirklich um die Menschen kümmern.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich mich freue, dass Sie von den Grünen, aber auch von der SPD die Unterstützung des Parlaments für die Landesregierung zugesagt haben. Für uns als FDP- und CDU-Fraktionen ist es selbstverständlich, dass wir die Landesregierung in den kommenden Wochen und Monaten bei allen Schritten unterstützen werden. Es freut mich, dass Sie von den Grünen und der SPD dies für das Parlament ebenfalls zugesagt haben.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp, für die vielen Informationen schon in der Sonderplenarsitzung. Ich gebe Frau Aymaz durchaus recht, dass es sicherlich gut gemeint war, die Flüchtlinge aus der Ukraine nicht noch mit Sofortregistrierungen zu belasten, sondern sie erst einmal ankommen zu lassen. So sagte es ja auch Frau Wermer. Die Idee einer Visafreiheit für 90 Tage ist sicher gut gemeint gewesen, ich glaube aber, sie wird im Ablauf vieles erschweren.

Die Leute sind ja nicht an irgendeinen Ort gebunden. Das mag so auch richtig sein. Es wird aber die eine oder andere Kommune sichtlich überfordern. Es hat sichtbar Berlin bis jetzt schon überfordert. Berlin hat dann um Hilfe gebeten. Köln wird sicherlich schnell an seine Kapazitätsgrenzen kommen. Düsseldorf wird an die Kapazitätsgrenzen kommen. Das gilt für all die Städte, die möglicherweise dem Namen nach den Ukrainern schon bekannt sind. Sie kennen Xanten möglicherweise nicht – es sei denn, dort gibt es zufällig eine ukrainische Gemeinde, die ich nicht kenne, aber ich gehe mal davon aus, dass die Stadt Xanten ihnen überhaupt kein Begriff ist –, vielleicht wäre Xanten aber in der Lage, mehr Ukrainer aufzunehmen, als freiwillig dorthin reisen.

Meine Frage ist daher: Wie hilfreich ist bei der ganzen Organisation das aktuell immer noch offene Angebot der Deutschen Bahn, die Ukrainer einfach kreuz und quer durch Deutschland zu transportieren? Sie sind nicht registriert. Der eine oder andere hat ein klares Ziel; dann ist es gut, und dann finde ich es auch richtig. Aber wer kein klares, persönliches Ziel hat, reist im Moment auf Irrwegen. Ich glaube, dass man als getriebener Mensch in einer Situation, in der man schon durch andere Länder gekommen ist, dann nach Deutschland kommt und irgendwie irgendwo ankommt, möglicherweise in einer Dauerbewegung, einer Dauerschleife festhängt, wenn man nicht an irgendeiner Stelle aufgefangen wird.

Ich meine, die Landesregierung könnte nicht nur die Zentralen Ausländerbehörden zur Registrierung anweisen, sondern auch die Erstaufnahmeeinrichtungen könnten da aktiv sein. Die sind da ja auch ganz gut im Thema. Viele andere Stellen könnten den Ausländerbehörden helfen.

Ganz wichtig ist meines Erachtens, dass man die Freiheit, sich nicht sofort registrieren zu lassen, doch etwas verkürzt. Zwar werden die meisten sich sowieso freiwillig registrieren lassen, weil sie Unterstützung und Hilfe brauchen, aber ich denke, dass diese gut gemeinte Sache letztlich der Organisation nicht hilfreich zur Seite steht.

Stefan Lenzen (FDP): Es haben ja schon alle zum Ausdruck gebracht, ich möchte mich für die FDP aber anschließen: Der Dank gilt unserem Minister, dem gesamten Ministerium, allen Ehrenamtlern und vor allem auch den Helfern vor Ort und bei den Kommunen. Die Liste ist da wirklich nicht abzuschließen. Es wird jetzt eine nationale Kraftanstrengung werden.

Der Unterschied zu 2015 ist: Europa ist diesmal geeint. Das war in der Vergangenheit nicht so. Darum müssen wir nicht herumreden. Es ist gut, dass es jetzt so ist.

Es ist auch gut – ich habe es auch nicht anders erwartet –, dass wir den Integrationskonsens nun flüchtlingspolitischer Natur pflegen. Es ist gut, dass wir das machen. Das möchte ich in Richtung SPD und Grünen ausdrücklich erwähnen.

Es gibt aber doch auch Unterschiede zu 2015. Frau Walger-Demolsky, Sie sagten eben, mit den 90 Tagen sei es gut gemeint, aber das ist ja die geltende Rechtslage zwischen der EU und der Ukraine. Dass Visumsfreiheit besteht, daran ändert ja unser Minister nichts. Es gibt eine Diskussion, es auf 180 Tage auszuweiten.

Ein entscheidender Punkt, bei dem man aus 2015 die richtigen Lehren gezogen hat, ist, dass die EU am 4. März erstmalig die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz gezogen hat. Sie stammt aus dem Jahr 2001, und man hat sie nie genutzt. 2015 hätte man das auch machen sollen. Jetzt hat man sie genutzt, sodass man außerhalb des Asylsystems eine Lösung gefunden hat. Deswegen kann man das alles mit 2015 nicht vergleichen.

Ich finde es erst einmal gut und habe es von unserem Minister und allen, die es dahinter umsetzen, vorbereiten und auf den Weg bringen, auch so gehört, dass man jetzt alles an Kapazitäten aktiviert, was vorhanden ist. Ich kann mich noch gut an die Debatten in den letzten Jahren erinnern. Da sind der Minister und wir, wenn es in Richtung der Haushaltsberatungen ging, oft genug dafür gescholten worden, dass noch so viele Plätze frei und in Reserve sind und dass die Landeserstaufnahmeeinrichtung in Bochum überdimensioniert sei. Ich glaube, wir sind jetzt alle froh, dass wir das haben und entsprechend damit umgehen können. Wir haben aus 2015 nicht nur rechtlich, sondern auch beim Thema des Umgangs mit der Aufnahme einige Lehren gezogen.

Wichtig ist, dass man auf der Homepage des Ministeriums alles nachlesen kann. Es ist ja ein lebendiges System, das ständig aktualisiert wird. Dort wird zum Beispiel beantwortet, wo man sich registrieren lassen soll. Ich habe es mir auch angeschaut und weiß, dass es ständig ergänzt wird. Es werden auch weiterhin Fragen kommen, die immer schnellstmöglich beantwortet werden. Immer wieder werden Fragen auftauchen, die zu beantworten sind.

Entscheidend ist – so habe ich den Minister heute in der Plenarsitzung und auch heute in der Ausschusssitzung verstanden –, dass wir unterscheiden. Wer möchte zum Beispiel zu Verwandten – auch zu Verwandten, die woanders in der EU oder in Drittstaaten leben; da geht es dann um das Thema „Durchreise“? Und bei denjenigen, die diese Möglichkeit leider nicht haben, ist zu klären, ob sie zunächst bei einer Landeseinrichtung registriert werden oder ob sie schon in einer Kommune angekommen sind. Dort sollen sie auch erst einmal ankommen und sich dann registrieren lassen können.

Da Unterschiede bestehen – auch hinsichtlich des Schutzstatus und dazu, wer innerhalb des Asylsystems steht und wer außerhalb –, ist es gut, dass man in den Landes-einrichtungen, in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen Plätze speziell für Ukrainerinnen und deren Kinder sowie für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geschaffen hat. Es geht nicht um eine Zweiklassengesellschaft oder um einen Verdrängungseffekt, sondern es geht darum, so schnell wie möglich Ordnung reinzubringen. Dann macht es eben auch Sinn, dass man Zentrale Unterbringungseinrichtungen gezielt für diese Personengruppe vorhält und andere Unterbringungseinrichtungen für andere Personengruppen.

Ich kann die Probleme alle verstehen. In Einzelfällen wird auch nicht alles komplett auszuschließen sein. Aber man muss das große Ganze sehen und schauen, wie schnellstmöglich viele Menschen untergebracht und versorgt werden können. Das sollte für uns die allererste Zielsetzung sein.

Ein weiterer Unterschied zu 2015 ist – das hat der Minister auch ausgeführt –, dass wir jetzt an einigen Stellen Gott sei Dank in einer anderen Situation bzw. etwas besser vorbereitet sind. Ich will es mal am Thema der Ausweitung der kommunalen Integrationsstrukturen festmachen. Da sind wir einen ganzen Schritt weiter als noch vor sieben Jahren. Da sind wir jetzt wirklich auch in der Fläche präsenter. Auch sind die Kommunen mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz diesmal finanziell bessergestellt, als es noch 2015 der Fall war. Es sind also schon Veränderungen vollzogen worden. Das darf man erklärend durchaus noch mal anbringen.

Ich freue mich, dass wir die Landesregierung jetzt konstruktiv bei der Umsetzung und bei der Versorgung der Menschen unterstützen. Ich finde, das sollten wir abseits des Landtagswahlkampfs so fortführen. Sie können auf die FDP-Fraktion zählen, dass sie hier gerne konstruktiv zusammenarbeitet.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Lieber Ibrahim Yetim, ich glaube, dass ich damals in meiner Sprecherfunktion 2015 und 2016 nicht derjenige gewesen bin, der in irgendeiner Weise besondere Opposition gemacht hat. Es hat vielleicht sogar den einen oder anderen aus meinen Reihen gegeben, der eine stärkere Opposition erwartet hätte. Ich habe das aber bewusst nicht gemacht.

Ich meine sogar, dass ich vor einiger Zeit hier im Ausschuss noch einmal anerkannt habe, dass die Landesregierung es in der Situation damals geschafft hat, Obdachlosigkeit zu vermeiden, und dass das eine große Leistung gewesen ist. Das habe ich nie in Abrede gestellt. Wir hatten damals über die Belastung der derzeitigen Landesregierung mit der Bewältigung der Coronakrise gesprochen. Das ist im Übrigen auch jetzt noch eine schwierige Situation, weil wir in unglaublich vielen Bereichen der Verwaltung durch den hohen Krankenstand Ausfälle haben. Das führt teilweise auch zu Alleingängen, Fehleinschätzungen usw.

Wir haben das System, wie wir im Moment mit der Situation umgehen, in die Kommunen kommuniziert. Wir haben das nicht heute getan, sondern so ist es seit Tagen besprochen. Nichtsdestotrotz ist es momentan so, dass man sich hinten und vorne nicht

darauf verlassen kann, wie die Personen beispielsweise aus Berlin ankommen, weil die Situation so chaotisch ist und weil es immer in Schüben kommt.

Frau Kollegin Aymaz, ich kann zumindest sagen, dass ich vor ziemlich genau 48 Stunden mit dem Einsatzleiter der Feuerwehr in Köln gesprochen habe. Er hat sich ausdrücklich für die Kooperation mit dem Land bedankt. Es gab am Sonntag eine kurzfristige Überforderungssituation für die Stadt Köln, und ich habe mich persönlich am Telefon mit darum gekümmert, dass wir die Situation hinbekommen.

Ich bin der Meinung, dass die Stadt es mit dieser Aufwärmstation und den Zelten sehr gut gemacht hat. Wir haben Gott sei Dank auch ein bisschen Glück mit dem Wetter; das ist auch nicht ohne. Trotzdem wissen wir: All das, was Sie gesagt haben, Frau Aymaz, ist eine Herausforderung.

Wir werden Ihnen zu dem Stab in den nächsten Tagen darstellen, wie die Abläufe sind, gerne auch mit Organigramm usw. Wir werden das auch bei uns auf der Homepage abbilden. Wir werden versuchen, insgesamt und überall die Dinge so gut es geht in eine Struktur zu bringen.

Wir haben auch eine Abfrage bei den Kommunalen Integrationszentren gemacht. Dazu kann Frau Sevindim gleich noch etwas sagen. Zur Aufnahmesituation berichtet Frau Elhaus. Die Fragen, die wir jetzt beantworten können, werden wir beantworten, wir werden aber auch fortlaufend berichten. Das ist ja klar.

MR'in Christine Elhaus (MKFFI): Ich versuche mal das, was ich aus den Fragen mitgenommen habe, bestimmten Überschriften zuzuordnen. Ich würde gerne mit dem Thema „Kapazitäten“ beginnen.

Wir haben in unserem Landessystem die coronabedingten Sperrungen aufgehoben. Herr Yetim, Sie haben es angesprochen: Wir haben ungefähr 6.000 freie Plätze in unseren Einrichtungen. Wir treffen aber Vorsorge, dass noch mehr Plätze hinzukommen. Die Bezirksregierungen sind in Marsch gesetzt worden, um sich in den ihnen zur Verfügung stehenden Liegenschaften beispielsweise auf Freiflächen innerhalb der ZUEs – zum Beispiel Exerzierplätze von Einrichtungen, die ehemalige Kasernen sind –, um Leichtbauhallen zu kümmern. Wir haben es jetzt in Wegberg gesehen: Dort ist über die Hilfsorganisation ein Betreuungsplatz organisiert worden, um kurzfristig innerhalb des Landessystems weitere Plätze zu schaffen.

Wir müssen aber leider davon ausgehen, dass das nicht reichen wird. Deshalb haben wir heute über die Krisenstäbe darum gebeten, weitere und größere Kapazitäten vorzuhalten. So machen es jetzt auch die Kommunen; Düsseldorf arbeitet beispielsweise mit Messehallen. Wir müssen die Menschen, die zu uns kommen werden, unterbringen, damit wir Obdachlosigkeit vermeiden. Das wurde heute auch noch mal in einer Bund-Länder-Schalte sehr deutlich. Das Land arbeitet mit Hochdruck am Thema „Kapazitäten“.

Ein anderes Thema ist sicherlich der Bereich rund um Aufnahmesystem, Prozesse und Strukturen. Wir haben es ja mit zwei Formen der Aufnahme zu tun. Das eine sind die ungesteuerten Zugänge von Einzelpersonen, die jetzt in der Landeserstaufnahme in

Bochum vorsprechen. Dort werden sie registriert und in das Landessystem und in die Puffereinrichtungen, die wir geschaffen haben, aufgenommen.

Das andere sind die gesteuerten Zugänge. Damit meine ich zum einen die Zugänge aus Berlin. Herr Dr. Stamp hat es gerade gesagt: Es kommen nicht immer alle Personen an, die uns angekündigt worden sind, weil viele sich in Berlin auch entscheiden, nicht in den Bus zu steigen, sondern erst einmal zu schauen, wo sie vielleicht sonst noch unterkommen können, bevor sie nach Nordrhein-Westfalen oder in andere Bundesländer weiterreisen. Die Personen aus diesen gesteuerten Zugängen nehmen wir in den Landeseinrichtungen auf, und auch da treffen wir Vorkehrungen und schaffen in den Puffereinrichtungen Möglichkeiten zur Registrierung, um auch diese Personen zu erfassen.

So ist es auch bei den Personen, die uns beispielsweise am Sonntag von der Stadt Köln zur Übernahme gemeldet wurden. Falls Kommunen an ihre Aufnahmegrenzen kommen, gibt es mittlerweile einen abgestimmten Prozess. Die Kommunen wissen, wohin sie sich landesseitig wenden müssen und wo sie anmelden können, dass sie spontan zum Beispiel für 50 oder 100 Personen Aufnahmekapazitäten brauchen. Die Aufnahme in das Landessystem betreffend wird es dann zentral über die Asylkoordination in Arnsberg gesteuert, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Auch diese Personen werden in der Puffereinrichtung registriert.

Für uns ist die Registrierung wichtig, weil wir aus den Landeseinrichtungen heraus einen Verteilprozess zur Zuweisung an die Kommunen organisieren müssen, der sich nach den Regelungen des FlüAG bemisst.

Eine Frage aus Ihrem Gremium war auch, wie lange die Personen sich dort aufhalten. Wir haben vor, die Personen, die ankommen, relativ schnell an die Kommunen zuzuweisen, damit sie auch schneller an eine Aufenthaltserlaubnis kommen und Fuß fassen können. Die Prozesse und auch die technischen Voraussetzungen dafür werden aktuell implementiert. Wir hoffen, dass wir schnell damit starten können.

Es ist auch noch das Thema „Leerziehen von Einrichtungen“ angesprochen worden und was das mit den dort untergebrachten Menschen macht. Ich kann nicht ausschließen, dass wir dadurch bestimmte Bindungen an Behandlungen unterbrochen haben. Das wird aber nachgearbeitet, weil es zwischen den Einrichtungen natürlich immer auch einen Kontakt von Sanitätsstation zu Sanitätsstation gibt. Man hat sich auch sehr darum bemüht, die Verlegungen immer jeweils im eigenen Regierungsbezirk vorzunehmen. Das ist aber nicht in allen Fällen geglückt.

Man kann sich natürlich auch fragen, warum es den Menschen zugemutet wird, aus Einrichtungen verlegt zu werden, um Kapazitäten für die ukrainischen Geflüchteten zu schaffen. Ich glaube, mit Blick auf die Struktur und den Prozess, den wir implementieren müssen, ist es wichtig, die Gruppen der Asylsuchenden von den ukrainischen Flüchtlingen zu unterscheiden, weil die ukrainischen Flüchtlinge wirklich nur kurzfristig bleiben sollen und zugewiesen werden und eben nicht durch das Asylverfahren laufen. Was die Prozesssteuerung angeht, haben wir so mit den Puffereinrichtungen ein besseres Instrument.

Ich denke, das waren die Hauptpunkte, die angesprochen wurden. Ansonsten bitte ich Sie um nochmalige Nachfrage.

LMR'in Dagmar Dahmen (MKFFI): Gerne sage ich noch etwas zur Kommunikation mit den Kommunen. Wir haben, wie berichtet, in der letzten Woche die Regionalkonferenzen gestartet. Dort sind auch Verwaltungsbeamte bzw. die zuständigen Beigeordneten für das Ausländerrecht oder auch für das Asylbewerberleistungsgesetz vertreten. Wir haben die seit Donnerstag vorliegenden aktuellen Informationen weitergeben, und diese werden von den Beigeordneten in ihre Verwaltungen getragen.

Morgen findet die zweite Regionalkonferenz statt. Auch Abteilung 4 ist dort vertreten. Wir machen im Schulterschluss Angebote und weisen auf die Hotline sowie das entsprechende Postfach hin, wo die bis morgen vorliegenden Informationen aktuell weitergegeben werden.

Aus den Gesprächen mit den Hauptverwaltungsbeamten und den zuständigen Beigeordneten nehmen wir immer wieder Fragen mit, die wir beantworten und auch auf der Homepage des MKFFI veröffentlichen. Bei mir landen ebenfalls sehr viele Fragen an, zum Beispiel zum Aufenthaltstitel nach § 24: Kann er rückwirkend erteilt werden? Wie ist es tatsächlich mit der Registrierung? Wir müssen auch die 90 Tage visumsfreien Aufenthalt mit der Option einer Verlängerung beachten: Wollen die Menschen dann im Nachhinein trotzdem einen Antrag stellen, um einen Aufenthaltstitel nach § 24 zu bekommen? Darf dieser Aufenthaltstitel rückwirkend bis zum 24. Februar 2022 erteilt werden, um den Menschen perspektivisch Sicherheit zu geben?

Ich habe mit drei großen Ausländerbehörden hier in NRW gesprochen, die teilweise bei der Beantragung des Titels schon anfangen, die Menschen zu erfassen, sie also zu registrieren. Sie haben aber auch mit Menschen gesprochen, die sagten, sie wollten gar nicht in Deutschland bleiben, da sie eine Community in Belgien, in Frankreich, in den Niederlanden hätten. Sie wollten sich nur für drei, vier Tage ausruhen, um dann weiterzureisen.

Das dürfen diese Menschen aufgrund des EU-weiten Visums. Ich glaube, es steht uns auch nicht an, die Menschen daran zu hindern. Auch das wird mit den Kommunen sauber kommuniziert. Die Kommunen wissen das, und sie agieren entsprechend. Wir sind auch flankierend tätig, um Fragen, die sich aus der Praxis zum Leistungsrecht ergeben, zu beantworten.

RB'e Asli Sevindim (Abteilungsleiterin MKFFI): Ich möchte ergänzen, weil auch die Frage gestellt worden ist, in welchen Zusammenhängen wir im Moment arbeiten. Neben der hausinternen, abteilungsübergreifenden Arbeit arbeiten wir, was Kommunikation und Dialog angeht, in den Strukturen und Infrastrukturen, die wir haben, auch mit den Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Ressorts zusammen. Ich werde gleich auch etwas zu den Kommunalen Integrationszentren und zu den Migrantenselbstorganisationen sagen.

Es gibt zum Beispiel in verschiedenen Fragestellungen einen sehr intensiven Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen des MSB. Schon seit dem vergangenen Jahr gibt es

eine kleine strategische Koordinierungsgruppe – so nenne ich es mal –, die im Kontext der afghanischen Ortskräfte entstanden ist. Dort geht es auch um arbeitsmarktrechtliche Fragen. Auch die Staatskanzlei und viele andere sind dabei. Wir sind punktuell zusammengekommen, um bestimmte Fragestellungen zu klären. Diese Runde hat sich schon vor Tagen und die vergangene Woche über auf den gesamten Themenkomplex „Ukraine“ fokussiert, um den Austausch zwischen den Ressorts zu gewährleisten.

Wir haben am Montag mit allen KI-Leitungen im Land gesprochen. Es war ein intensiver Austausch, in dem wir versucht haben, relativ kurz und zusammenfassend die Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen über das in Kenntnis zu setzen, was bei uns passiert.

Zur Frage, welche Handlungsfelder es in der Arbeitsgruppe gibt, die der Minister eben genannt hat: Es fängt bei grundlegenden Fragestellungen zu Aufenthaltsrecht, Ausländerrecht und Möglichkeiten zum Leistungsbezug an, und es geht zum Beispiel auch darum – Sie haben in diesem Kontext nach der Planbarkeit der Situation gefragt –, ein Lagebild zu erstellen.

Natürlich ist es im Moment eine sehr große Herausforderung, dass die Menschen auf den unterschiedlichsten Wegen zu uns kommen. Im Grunde sind wir – auch dank der Erfahrungen seit 2015 – in einem Kreis von Kolleginnen und Kollegen, die hellwach sind und sehr weitsichtig versuchen, Dinge voranzuplanen. Möglichkeiten des Zugangs zu Bildungsbereichen – Kita, Schulen usw. – sind hier nur ein Beispiel.

Wir haben am Montag von den Kolleginnen und Kollegen aus den Kommunalen Integrationszentren aber auch schon die Rückmeldung bekommen, dass sie es teilweise mit Menschen zu tun haben, die sagen, dass sie eine solche Form der Aufenthaltsberechtigung gar nicht wollen, weil sie gar nicht lange bleiben wollen. Wir müssen also individuell und passgenau schauen, in welcher Verfassung die Menschen im Moment sind, ob sie auf der Durchreise sind, ob sie schon begriffen haben, was diese Lebenssituation für sie bedeutet, und ob sie schon aufnahmefähig sind.

Auf unserer Seite ist ganz klar, dass wir versuchen, von Anfang an alles richtig zu machen und jetzt schon steuernd Daten zusammenzustellen und mit der Infrastruktur so zu kommunizieren, dass ein frühestmöglicher Zugang zu allen Bereichen besprochen wird – von der Sprachmittlung über Integrationsangebote bis hin zu Bildung und Schule sowie medizinischer Versorgung.

Die Kombination der Gesprächszusammenhänge ist sehr alltags- und praxisnah. Wir haben zum Beispiel im Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunalen Integrationszentren Fragenkataloge erstellt, die wir entsprechend den Zuständigkeiten verteilen und beantworten. All das, was im aufenthaltsrechtlichen Bereich liegt, wird über die Kollegen der Abteilung 5 vorbereitet und vorgehalten, und zwar weiterleitungsfähig für die gesamte Infrastruktur. Im Grunde kann jeder sich daran bedienen. Es wird auch digital zur Verfügung gestellt.

Wir versuchen, neben den eigenen Aufgaben eine Art Scharnierfunktion zu übernehmen und all das, was möglicherweise aus Gesprächen zwischen Bund und Ländern schon an Informationen mitgeteilt werden kann – auch da laufen zum Beispiel Angebote auf; es gibt auch schon über das BMI Excel-Tabellen über Angebote von Bürgern,

die möglicherweise Unterkünfte oder andere integrative Dienstleistungen zur Verfügung stellen –, genau an die Stellen zu bringen, wo es benötigt wird.

Der frühestmögliche Zugang zu allen Integrationsleistungen und Dienstleistungen ist eine zentrale Aufgabe, der wir uns im Moment widmen. Wir unterstützen aber zum Beispiel auch die Kolleginnen und Kollegen. Ganz einfache Fragen lauten: Wie sieht die ukrainische Community im Moment aus? Auf welche Grundlagen treffen wir da? – Dazu haben wir schon umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt.

Wir sind im Austausch mit Migrantenselbstorganisationen, die allgemein integrative Angebote anbieten. Es gibt auch Migrantenselbstorganisationen mit einem speziellen Zugang zum Beispiel zur Sprachfamilie, also zur russischen oder ukrainischen Sprache. Auch Menschen mit Zugang zur ukrainischen Community sind eingebunden.

Wir haben natürlich auch die Coronasituation im Blick. Wir haben schon eine Liste mit russisch oder ukrainisch sprechenden Medizinern und Medizinerinnen erstellt – sie wird noch mit den Kollegen vom MAGS abgestimmt –, die bereit sind, selbst Angebote zu machen oder sich an Angeboten zu beteiligen. Es ist dabei egal, ob es sich um Impfangebote, Informationsangebote oder auch um psycho- oder traumatherapeutische Angebote handelt. Das ist gerade in der Kommunikation.

Im Moment ist es auch so, dass Abteilung 5 und Abteilung 4 gemeinsam – ich meine, sogar täglich – in Kontakt mit der Bundesebene stehen. Es finden regelmäßige Telefonkonferenzen ab etwa 17:00 Uhr statt. Dort geben wir uns gegenseitig Updates und kommunizieren auch die Bedarfe aus dem Land.

Die gesamte integrationspolitische Infrastruktur wird von uns im Moment zweimal wöchentlich zu einem Austausch eingeladen, bei dem wir informieren, aber auch den Bedarf vor Ort aufnehmen. Wir versuchen, diesen mit unseren Möglichkeiten zu beantworten.

Ibrahim Yetim (SPD): Meine Frage nach der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen ist noch nicht beantwortet worden. Wie werden sie auf die Jugendämter verteilt? Geschieht dies mit dem bisherigen Verteilschlüssel? Wie funktioniert das?

Herr Minister Stamp, ich hatte außerdem noch um eine Einschätzung dazu gebeten, wie wir Frauen und Kinder vor diesen widerlichen Typen schützen können.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich hatte es ja vorhin im Plenum gesagt: Es findet bei den unbegleiteten Minderjährigen eine Inobhutnahme über die Jugendämter statt, sofern wir keine Fluchtgemeinschaften auseinanderreißen. Das findet mit den örtlichen Jugendämtern statt.

Der Schutz vor Ort ist natürlich keine Landesaufgabe, aber das Thema ist auch dem Bund bewusst. Da sind wir im Gespräch. Ich habe gestern mit unserem innenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion darüber gesprochen, dass das natürlich eine echte Herausforderung ist. Zum Teil findet das auch in Polen schon statt.

Es ist vorhin auch noch die Frage gestellt worden, inwiefern wir uns möglicherweise mit unserem Stab an den Hilfsgütern vor Ort beteiligen. Ich will ausdrücklich sagen,

dass das nicht Aufgabe des Stabs ist, sondern das machen andere Stellen in einer Landesregierung. Natürlich müssen wir aber zusehen, dass wir in dem Moment, in dem wir die Verantwortung haben, alles unternehmen.

Es ist, auf gut Deutsch gesagt, zum Kotzen, dass es selbst in der größten humanitären Krise Leute gibt, die versuchen, das Ganze auszunutzen und ein Geschäft zu machen. Wir erleben auch, dass Leute an die Grenze fahren, Menschen einsammeln und ihnen sagen: Wir bringen euch mal nach Westen. – Am Ende sagen sie dann, dafür hätten sie gerne einen bestimmten Geldbetrag. Auch das gibt es.

Natürlich haben wir auch das Milieu. Das ist furchtbar.

Ich glaube, es ist jetzt ganz wichtig, dass jeder sich darauf konzentriert, was er zu tun hat. Was in Berlin oder im polnischen Grenzgebiet passiert, ist außerhalb unseres Aufgabenbereichs. Nichtsdestotrotz habe ich das Thema gestern schon angesprochen und spreche es auch weiter gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in Berlin an.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Ich habe das Bedürfnis, noch einmal mit der Bitte an Sie, Herr Minister Stamp, heranzutreten, bei der Kommunikation gesondert darauf zu achten, dass Appelle wie die Türen für Schutzsuchende zu öffnen zurzeit vielleicht nicht richtig sind, so lange wir nicht überprüfen können, was tatsächlich passiert.

Ich habe auch mit der Stadt Köln geredet. Wenn Kommunen Plattformen für private Unterkünfte aufsetzen, dann muss gewährleistet sein, dass alle Angebote überprüft werden. Solange das nicht gewährleistet ist, kann man das nicht machen.

Wir wissen, dass über 99 % der Menschen es definitiv aus Hilfsbereitschaft machen. Aber wir können uns nicht auch nur einen Fall erlauben, bei dem ein Missbrauch im Raum steht. Es sind besonders vulnerable Personengruppen, es sind junge Frauen, es sind kleine Kinder. Da ist Achtsamkeit besonders wichtig.

Hilfe? – Ja. Man kann an wunderbare Organisationen spenden. Ich glaube, dass das im Moment auch wirklich wichtig ist. Ansonsten finde ich es ganz wichtig, zu klären, wie diese privaten Angebote überprüft werden können, und sie erst dann online zu stellen, wenn sie überprüft worden sind.

Ibrahim Yetim (SPD): Mir hat vor ein paar Tagen mal jemand gesagt: Wir müssen aufpassen, dass diese humanitäre Krise nicht zu einem Fest für die Pädophilen wird. Ich glaube, da ist wirklich etwas dran. Da muss man aufpassen.

Ich möchte noch zwei Dinge ansprechen. Das eine ist der Informationsfluss. Wir haben heute eigentlich die letzte Sitzung des Integrationsausschusses. Wie werden wir bis Mai mit Informationen insbesondere über das Thema „Kapazitäten“ auf dem Laufenden gehalten?

Der zweite Punkt ist die Unterbringung in Wohnungen. Ich weiß, dass es unterschiedliche karitative Verbände und Wohlfahrtsverbände gibt, die Immobilien haben, die im Moment noch frei sind, die sie aber vermieten könnten. Der Regelsatz ist hier, wie er ist, aber oft sind die Wohnungen teurer. Dann gibt es natürlich Probleme, es vor Ort mit

den Kommunen zu regeln. Wie kann man das regeln? Das wäre vielleicht eine Unterstützung.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Entschuldigung; den letzten Teil mit den Kommunen habe ich leider akustisch nicht verstanden.

Ibrahim Yetim (SPD): Es gibt ja einen bestimmten Regelsatz für Wohnungen für Asylbewerber, und es gibt Wohlfahrtsverbände, die eigene Immobilien haben, die sie zur Verfügung stellen würden. Aber wenn dieser Regelsatz gerissen wird, dann haben die Wohlfahrtsverbände ein Problem damit, diese Immobilien für Wohnungssuchende bzw. für Ukrainerinnen und Ukrainer zur Verfügung zu stellen. Das tun sie zwar, aber auf dem, was über den Regelsatz hinausgeht, bleiben sie sitzen. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, da einen Anschub zu geben.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Wir nehmen das auf jeden Fall noch einmal mit und sehen es uns an. Ich weiß, dass die meisten nicht auf den Penny schauen, und für einen Zeitraum von sechs oder acht Wochen wäre das wahrscheinlich kein Problem. Aber es ist natürlich ein Problem, wenn es längerfristig ist. Das ist völlig klar. Es geht ja nicht darum, dass wir diejenigen, die sich engagieren, schröpfen wollen, sondern wir sind ganz im Gegenteil um jeden Beitrag dankbar.

Was Kollegin Aymaz sagt, dass man genau hinschauen muss, ist richtig. Natürlich müssen wir die positive Stimmung hochhalten, aber wir müssen eben auch sehen, dass diejenigen, die kommen, in erster Linie Frauen mit kleinen Kindern sind. Sie haben natürlich recht: Es würde eine fatale Wirkung haben, wenn irgendwo etwas schiefginge. Die Frage ist, ob man es ganz verhindern kann, aber gut hinzuschauen ist ein richtiger Hinweis. Das ist gar keine Frage.

Was das parlamentarische Verfahren angeht: Ich stehe Ihnen auch am Ostersonntag für eine Sondersitzung zur Verfügung. Ich bin da.

Wahrscheinlich ist es sinnvoll, vielleicht unmittelbar nach den Osterferien noch eine Sondersitzung zu machen. Man kann es ja auch als Bedarfstermin ansetzen, und die Obleute klären, ob es stattfinden soll. Vielleicht können wir ansonsten auch versuchen, den Informationsfluss von unserem Haus aus so regelmäßig zu gestalten, dass die Sitzung nicht zwingend notwendig ist. Aber wenn sie notwendig ist, stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Stefan Lenzen (FDP): Vielen Dank für das Angebot, Herr Minister. Wir haben im März und April ja jeweils noch einmal eine Plenarwoche. Da könnte jederzeit wie heute unterrichtet werden. Das wäre ja möglich.

Im Rahmen der Coronakrise haben wir alle die Erfahrung gemacht, dass das Ministerium auch abseits der Ausschusssitzungen immer dann, wenn Fragen bestehen, zur Verfügung steht. Vielleicht wäre das aber auch eine Gelegenheit, dass es heute für die Vorsitzende nicht die letzte Ausschusssitzung ist. Der Bedarf ist ja nun einmal da. Das ist unbestritten.

Wie wäre es zum Beispiel mit dem 27. April nach den Osterferien? Wir können ja unter den Obleute noch im Detail besprechen, ob vormittags, mittags oder wie auch immer. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit, uns nach den Plenarwochen noch einen Termin zu blocken.

Das Informationsangebot des Ministers nehmen wir alle gerne auf – neben den üblichen Kanälen und parlamentarischen Verfahren, die es offiziell und auch auf dem direkten Wege gibt.

Ich würde sagen, wir sollten uns vielleicht unter den Obleuten noch einmal abstimmen. Wir wissen ja nicht, was noch passiert, aber ich denke, wir sind uns alle nicht zu schade, einmal öfter zu tagen, wenn das der Sache dienlich ist.

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe: Ich könnte den 27. April ja schon für eine Bedarfssitzung terminieren.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Wir sollten jetzt noch keinen Termin festmachen! Es sind noch sieben Wochen bis dahin! Was da noch passieren kann! – Stefan Lenzen [FDP]: Wir brauchen auch einen Raum! – Rainer Bischoff [SPD]: Aber die Ausschüsse sind dann nicht mehr! – Ibrahim Yetim [SPD]: Hier ist dann ja tote Hose!)

– Wir buchen einfach den Raum. Den Termin haben wir gehört, 27.04., und dann sehen wir, was passiert. Wir sind doch alle flexibel.

(Heike Wermer [CDU]: Eine Frage wäre noch, ob den Kollegen eventuell auch eine andere Uhrzeit möglich wäre, sodass wir das schon vormittags regeln! – Ibrahim Yetim [SPD]: Ich würde jetzt gar keinen Termin machen, weil ich einfach nicht sehe, was jetzt noch kommt! Das kann ja in zehn Tagen ganz anders sein! – Rainer Bischoff [SPD]: Keiner weiß, wie lang der Krieg geht!)

– Ich sage es ja nur. Dann hätten wir den Termin. Wir können es auch ganz anders machen; früher oder später.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ja, wir haben alle Möglichkeiten!)

– Also machen wir noch keinen Termin. Dann nehme ich das so mit.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich bekomme gerade auch noch den Hinweis, dass am 27. April die Integrationsministerkonferenz in Hamburg stattfindet.

3 Guter Lebensabend NRW

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6483

Ibrahim Yetim (SPD) zeigt sich erfreut, dass aus der Initiative der SPD etwas Gutes hervorgehe, und möchte wissen, inwiefern das nun laufende Modellprojekt verstetigt und evaluiert werde. – **Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** bestätigt, das Modellprojekt solle verstetigt werden.

RB'e Jadranka Thiel (Gruppenleiterin MKFFI) antwortet, Ziel sei es, die Ergebnisse in der Regelstruktur, also im System über die Pflegeversicherung, zu verankern. Einige Kommunen, in denen das Modellprojekt laufe, hätten bereits im ersten Projektjahr signalisiert, es dauerhaft in ihre Strukturen integrieren zu wollen.

Seitens des MKFFI gehe es nun darum, die Ergebnisse in geeigneter Weise zu kommunizieren und in die Fläche zu bringen. Die bestehenden Angebote in den Kommunen sollten für Menschen mit Einwanderungsgeschichte besser erreichbar sein, und dazu müsse auch in vorhandenen Diensten und Einrichtungen eine stärkere interkulturelle Öffnung betrieben werden.

Zu dem Modellprojekt finde im Rahmen einer Steuerungsgruppe unter wissenschaftlicher Begleitung ein enger Austausch mit dem MAGS, der Wohlfahrtspflege und Migrantenselbstorganisationen statt. Das MAGS habe selbst ein anderes Modellprojekt in muslimischen Gemeinden durchgeführt und das MKFFI um Unterstützung bei der Weiterverbreitung der Ergebnisse gebeten. Ein solcher Austausch mit dem MAGS solle auch bei „Guter Lebensabend NRW“ erfolgen, sodass die Ergebnisse des Projekts auch in Gremien des MAGS vorgestellt würden.

4 Wie ist die aktuelle Antragslage in den Ausländerbehörden? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6520

Berivan Aymaz (GRÜNE) bemängelt, trotz der angesichts der Situation in der Ukraine veränderten Ausgangslage für die Ausländerbehörden verweise der Bericht im Grunde nur auf vorherige Berichte. Die Abgeordnete möchte wissen, ob bei der Regionalkonferenz im Regierungsbezirk Arnsberg am 3. März der Antragstau thematisiert worden sei und ob er auch bei der morgigen Konferenz wieder thematisiert werde. Die aktuelle Lage erfordere hier eine Entlastung.

LMR'in Dagmar Dahmen (MKFFI) erläutert, die Ausländerbehörden verfügten zwar über weitere Stellen, es gelinge aber nicht, diese zu besetzen. Sie wüssten, dass aufgrund ukrainischer Flüchtlinge weitere Herausforderungen auf sie zukämen, und könnten Aufgaben entsprechend priorisieren, um den Anforderungen gerecht zu werden. Dafür seien sie auch noch einmal sensibilisiert worden. Zwar hätten die Ausländerbehörden Personal zur Unterstützung anderer Ämter bei der Bewältigung der Coronapandemie abgestellt, sie entschieden aber selbst, wie und wo sie ihre Mitarbeiter einsetzen.

Es werde nun gemeinsam mit den Kommunen ein Fragebogen entwickelt, um abzufragen, wie das Aufgabenvolumen bewältigt werden solle. Es gelte zu vermeiden, dass zu viel Personal zur Bewältigung anderer Aufgaben abgegeben werde.

5 Aktuelle Situation in den Landesunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6539

Der Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt; Berivan Aymaz (GRÜNE) kündigt an, schriftlich Nachfragen einzureichen.

6 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6522

Ibrahim Yetim (SPD) kritisiert, die Landesregierung habe direkt zu Beginn der Legislaturperiode das anonyme Bewerbungsverfahren abgeschafft, im Weiteren sei aber ausweislich des Berichts keine Verbesserung eingetreten. In allen untersuchten Bereichen fielen die aktuellen Bewerbungsverfahren durch; sie schnitten weder bei der interkulturellen Kompetenz der Auswahlkommissionen noch bei den angewandten Auswahlmethoden zufriedenstellend ab.

Er frage sich, warum man nicht zum anonymisierten Bewerbungsverfahren zurückkehre. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigten, dass es funktioniere. Den Hinweis im Bericht, das anonymisierte Bewerbungsverfahren sei technisch sehr aufwendig, empfinde er als Ausflucht, um andere Verfahren durchzusetzen.

Heike Wermer (CDU) gesteht zu, dass dem Bericht zufolge weiterhin große Baustellen im öffentlichen Dienst und bei dessen Bewerbungsverfahren beständen. Das anonymisierte Bewerbungsverfahren hätte hier aber auch nicht Abhilfe gesorgt. Es gelte, insgesamt die interkulturelle Kompetenz zu stärken. So sei es auch im Teilhabe- und Integrationsgesetz verankert. Bevor ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren helfen könnte, brauche es grundsätzlich eine Sensibilität für das Thema. Hierzu diene beispielsweise die Überführung des in Pilotveranstaltungen durchgeführten Seminars „Vielfalt@Work – Interkulturelle Öffnung NRW“ in die Regelstrukturen.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKFFI) stellt fest, im Gegensatz zur Bundesverwaltung verzeichne der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen einen Zuwachs beim Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Dies führe sie auf die Initiativen der Landesregierung zurück. Nichtsdestotrotz beständen tatsächlich noch Baustellen. Anstelle eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens, welches durchaus eine denkbare Möglichkeit darstelle, solle nun das Auswahlverfahren selbst in den Fokus rücken.

RB'e Aslı Sevindim (Abteilungsleiterin MKFFI) erläutert, anstatt direkt nach Abschaffung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens eine Vielzahl neuer Dinge einzuführen, unterziehe die Landesregierung im Grunde alle bestehenden Prozesse einer Überprüfung. Das anonymisierte Verfahren funktioniere nur bis zu einem bestimmten Punkt. In der konkreten Auswahlsituation stehe der Mensch aber eben doch mit all seinen Eigenschaften im Fokus. Auch in der konkreten Gesprächssituation oder im Assessmentcenter gelte es, diskriminierungsfreie Verfahren zu etablieren. Dieser Aufgabe widmeten sich alle Ressorts mit großem Engagement.

Ibrahim Yetim (SPD) erinnert, die Abschaffung des anonymisierten Verfahrens sei nun schon fünf Jahre her, und entgegen den Versprechungen des Ministers, geeignete Einstellungsinstrumente zu prüfen und umzusetzen, sei bislang nichts Neues auf den Weg gebracht worden. Er wisse aus eigener Erfahrung und Erzählungen anderer, dass Menschen auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierungserfahrungen machten. Schon seit vielen Jahren werde über interkulturelle Kompetenz gesprochen, seitens der Landesregierung geschehe aber nichts.

RB'e Asli Sevindim (Abteilungsleiterin MKFFI) erwidert, der Prozess, alle Ebenen und Phasen der Personalauswahl und -gewinnung in allen Ressorts mithilfe wissenschaftlicher Begleitung zu überprüfen, gestalte sich sehr aufwendig. Beispielsweise seien umfangreiche Fragekataloge entwickelt und die jeweiligen Personalabteilungen involviert worden.

Hinzu kämen zeitliche Verzögerungen bei der Vergabe der Verfahrensbegutachtung, die hohen wissenschaftlichen Standards genügen müsse, sowie aufgrund der Coronapandemie, die zu immensen Arbeitsbelastungen in den Ressorts geführt habe.

Der Abschluss der Überprüfung in den Ressorts stehe noch aus, im Zuge des Prozesses seien aber bereits Optimierungsvorschläge aufgegriffen und in einzelnen Ressorts umgesetzt worden. Sie biete an, über bereits umgestellte Auswahl- und Dokumentationsprozesse sowie weitere Umsetzungshinweise zu berichten. Allerdings lasse sich in dieser Thematik einiges nicht wie eine mathematische Rechnung nachvollziehen, da beispielsweise weiterhin der Grundsatz der Bestenauslese gelte.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beiräte für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen (BeiräteVO)

Drucksache 17/16711 (Unterrichtung)
Vorlage 17/6548

(Überweisung des Verordnungsentwurfs an den Integrationsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien durch Unterrichtung des Landtagspräsidenten Drucksache 17/16711)

Der Ausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

8 Quartalsbericht „Sachstand staatliches Asylsystem“

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6541

in Verbindung mit:

Quartalsbericht „Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren“

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6540

Der Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt; Berivan Aymaz (GRÜNE) kündigt an, schriftlich Nachfragen einzureichen.

9 Verschiedenes

a) Umgang des MKFFI mit einer Veranstaltung der SPD-Fraktion mit dem Landesintegrationsrat

Ibrahim Yetim (SPD) führt an, es ärgere ihn, dass der Vorsitzende des Landesintegrationsrats im Anschluss an eine Veranstaltung der SPD-Fraktion zum Thema „Hanau“ aufgrund seiner Teilnahme ins Ministerium zitiert worden sei. Dem Vorsitzenden sei erklärt worden, falls es noch einmal dazu komme, dass er gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine Veranstaltung mache, könnte sich dies förderschädlich auswirken.

Er vertrete die Auffassung, jede Fraktion habe das Recht, den Landesintegrationsrat zu einer Veranstaltung einzuladen. Zweitens entscheide das Parlament über die Förderung von Institutionen, und drittens halte er es für einen unglaublichen schlechten Stil, den Vorsitzenden des Landesintegrationsrats ins Ministerium zu zitieren und ihm zu sagen, er solle keine Veranstaltungen mehr mit der SPD-Fraktion machen. Er bitte um einen Bericht des Ministeriums, mit wem der Vorsitzende des Landesintegrationsrats im Ministerium gesprochen habe, in welchem Auftrag mit ihm gesprochen worden sei und was dieses Gespräch ergeben habe.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKFFI) antwortet, sie habe den Vorsitzenden des Landesintegrationsrats, Tayfun Keltok, in dem Gespräch auf die Überparteilichkeit des Landesintegrationsrats hingewiesen.

Es stelle überhaupt kein Problem dar, falls der Landesintegrationsrat eine Veranstaltungsreihe mit allen Fraktionen plante. Eine Veranstaltung allein mit der SPD-Fraktion, noch dazu drei Monate vor der Wahl, gerate aber in Konflikt mit der Überparteilichkeit. Es gehe dabei nicht speziell um die SPD-Fraktion, sondern auch bei jeder anderen Fraktion hätte das Ministerium reagieren müssen, wenn aus den Strukturen des Landesintegrationsrats selbst entsprechende Hinweise herangetragen würden.

Ibrahim Yetim (SPD) erwidert, nicht der Landesintegrationsrat habe von sich aus eine Veranstaltung mit der SPD-Fraktion gemacht, sondern diese habe den Landesintegrationsrat angesprochen. Dies erachte er als ihr gutes Recht. Jede andere Fraktion hätte dasselbe tun können. Die Staatssekretärin verdrehe hier den Vorgang.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKFFI) vertritt die Auffassung, wenn es sich nur um eine Einladung an den Landesintegrationsrat gehandelt hätte, hätte sich die Situation wiederum anders dargestellt. Die Veranstaltung sei aber gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat durchgeführt worden. Sie erwarte vom Landesintegrationsrat, dass er in einer sensiblen Zeit wie der jetzigen seine Überparteilichkeit im Blick behalte.

b) Dank an die Ausschussvorsitzende

Da es sich um die letzte reguläre Sitzung des Integrationsausschusses handle, wolle sie die Gelegenheit nutzen, sich bei der Ausschussvorsitzenden zu bedanken, so **Heike Wermer (CDU)**. Sie habe Margret Voßeler-Deppe immer als faire und überparteilich agierende Ausschussvorsitzende erlebt und meine, dies auch im Namen der anderen Fraktionen sagen zu dürfen.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe dankt allen Beteiligten für ihr Engagement im Integrationsausschuss. Zwar sei auch hart diskutiert worden, aber immer geprägt von einem guten Miteinander.

gez. Margret Voßeler-Deppe
Vorsitzende

2 Anlagen

15.03.2022/15.03.2022

10



BERIVAN AYMÄZ MDL, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An die Vorsitzende des
Integrationsausschusses
Frau Margret Voßeler-Deppe

Berivan Aymaz MdL

Sprecherin für Flüchtlings- und
Integrationspolitik,
Internationales/ Eine-Welt

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: (0211) 884 - 2424
Fax: (0211) 884 - 3556
berivan.aymaz@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 23.02.2022

Bitte um einen schriftlichen Bericht: Wie ist die aktuelle Antragslage in den Ausländerbehörden?

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

bislang scheint die Situation in den Ausländerbehörden der Kommunen unverändert. Die Beschwerden von Personen häufen sich, dass einige Ausländerbehörden weder öffentlich zugänglich noch telefonisch erreichbar seien. Laut Bericht der Landesregierung vom 17.01.2022 würden die Ausländerbehörden nach und nach wieder in den Normalbetrieb zurückkehren, obgleich die Auswirkungen der Omikron-Welle noch nicht abzusehen sei (Vorlage 17/6328). Die Landesregierung kündigte zudem an, zeitnahe Gespräche mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten der Gemeinden anzuberaumen, um sich zu möglichen Lösungsansätzen auszutauschen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung für die nächste Sitzung des Integrationsausschusses am 09.03. um einen schriftlichen Bericht, in dem besonders auf die folgenden Fragen eingegangen wird:

1. Welche Hinweise hat die Landesregierung bislang zu den Auswirkungen der Omikron-Welle auf die Wartezeiten für eine Terminvergabe bzw. eine Aufenthaltsverlängerung in den Ausländerbehörden?
2. Inwieweit hat die Landesregierung ihre Ankündigung aus der vergangenen Sitzung umgesetzt, zeitnah in Gespräche mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten zu gehen, um Lösungsansätze für die aktuelle Situation zu entwickeln?

3. Aus welchen Gründen befinden sich die Informationen des MKFFI zu Fiktionsbescheinigungen unter dem Reiter „Flüchtlinge“ und nicht etwa unter „Integration“¹?

4. Hat sich der Flüchtlings- und Integrationsminister Stamp bezüglich des Chancen-Aufenthaltsrechts mit den Ausländerbehörden ausgetauscht?

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Stamp', with a small dot at the end.

¹ <https://www.mkffi.nrw/fiktionsbescheinigung>



BERIVAN AYMAY MDL, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An die Vorsitzende des
Integrationsausschusses
Frau Margret Voßeler-Deppe

Berivan Aymaz MdL

Sprecherin für Flüchtlings- und
Integrationspolitik,
Internationales/ Eine-Welt

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: (0211) 884 - 2424
Fax: (0211) 884 - 3556
berivan.aymaz@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 23.02.2022

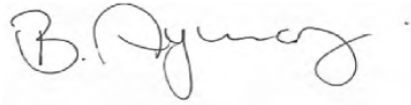
Bitte um einen schriftlichen Bericht: Aktuelle Situation in den Landesunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die kommende Integrationsausschusssitzung am 09.03. bitte ich Landesregierung erneut um einen aktualisierten schriftlichen Bericht über die aktuelle Corona-Situation in den Landesunterbringungseinrichtungen für Geflüchtete, in dem besonders auf die folgenden Fragen eingegangen wird:

1. Wie hoch ist die Impfquote der Geflüchteten (bitte nach Erst-/ Zweitimpfung sowie Auffrischungsimpfung und Impfstoff sowie nach Alter der Geflüchteten unterscheiden)?
2. In welchen Unterkünften fanden die im MKFFI-Bericht vom 07. Dezember 2021 (Vorlage 17/6147) genannten Multiplikatorenschulungen für die Mitarbeitenden des Betreuungsdienstleisters in den ZUE und EAE statt? Welche Aufklärungsstrategien erweisen sich als besonders effektiv?
3. Wie viele Corona-Fälle wurden identifiziert und wie oft wurde (Teil-)Quarantäne im letzten Quartal verhängt (bitte nach Anzahl, Unterbringungseinrichtung und Zeitraum aufschlüsseln)?
4. Wie hoch ist die aktuelle Belegungsquote in den einzelnen Unterbringungseinrichtungen des Landes?
5. Wie hoch ist die aktuelle Zuweisungsquote in die Kommunen?
6. Inwieweit sind Gemeinschaftsräume wieder geöffnet und Sport-, Betreuungs-, Beschulungs-, Sprach- und Integrationskursangebote möglich? (bitte für einzelne Unterkünfte aufschlüsseln)
7. Inwieweit rechnet die Landesregierung in Bezug auf die aktuelle Situation an der russisch-ukrainischen Grenze mit einem Anstieg der Geflüchtetenzahlen in NRW?

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "B. Jürgens". The signature is written in a cursive style with a small dot at the end.